

Radikaldemokraten im Hessischen Landtag

Parlamentarische Episode einer Splitterpartei

Burkhard Gutleben

Die Radikaldemokratische Partei (RDP) ist eine jener zahlreichen Splitterparteien, die in der Weimarer Republik auftraten¹ und zumeist mit der Krise der Demokratie in den ausgehenden 20er und beginnenden 30er Jahren in Verbindung gebracht werden. Dieser Zusammenhang trifft indes in erster Linie für die Vielzahl der partikularistisch orientierten Splitterparteien zu, die soziale und regionale Sonderinteressen vertraten und mit ihrem vermehrten Auftreten auf den Verlust an Integrationsfähigkeit der politischen Mitte hingenwiesen.

Die RDP ist im Unterschied dazu eher der kleineren Gruppe jener Splitterparteien zuzurechnen, die mit einem universalen Anspruch auftraten und sich vorwiegend aus ideologischen Gründen von ihren Mutterparteien trennten². Während aber die Kommunistische Partei-Opposition (KPO) und die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) am linken Rand dieses Spektrums ein distanzierendes Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie hatten und die Republik eher aus strategischen denn aus grundsätzlichen Motiven heraus verteidigen wollten³ und auch die Volkskonservativen am rechten Flügel elitäre Vorstellungen mit „antirepublikanischer Färbung“⁴ hegten, handelte es sich bei der RDP um eine Splitterpartei, die eindeutig aus einer Partei der Mitte hervorging und die zudem in der Endphase der Republik als einzige neben der SPD den Begriff „demokratisch“ im Namen führte⁵. Sie wurde in erster Linie vom ehemaligen linken Flügel der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) gegründet. Die Trennung hatte im Sommer 1930 begonnen, als die Pazifisten und Radikaldemokraten in der DDP das Wahlbündnis ihrer Partei mit dem Jungdeutschen Orden nicht mittragen wollten⁶. Sie mißtrauten dem mittelalterlich anmutenden Programm des zumindest anfangs paramilitärisch ausgerichteten Ordens⁷ und waren besorgt über die Überordnung des Staatsgedankens über die Idee der Demokratie, die nicht zuletzt im Namen des Wahlbündnisses („Deutsche Staatspartei“) zum Ausdruck kam⁸.

Die als Auffangbecken der Staatspartei-Gegner gebildete Vereinigung Unabhängiger Demokraten (VUD) wollte zunächst keine eigene Partei sein, aber nach der förmlichen Auflösung der DDP am 8. November 1930 und der ordentlichen Gründung der Deutschen Staatspartei am folgenden Tag riefen die Dissidenten ihrerseits am 30. November in Kassel die Radikaldemokratische Partei ins Leben⁹.

Während der zweieinhalb Jahre ihrer Existenz konnte die RDP der Staatspartei, die spätestens 1932 selbst zur Splitterpartei wurde, reichsweit kein Paroli bieten. Nur im Volksstaat Hessen sah es 1931 einige Monate lang so aus, als könnten die Radikaldemokraten ihre ehemaligen Parteifreunde überflügeln. Dort hatte die Landtagswahl von 1927 der DDP fünf Mandate gebracht¹⁰.

Ihre Fraktion bestand seit 1928 aus Walter Donat (1882–1960), Johann Eberle (1879–1932), Adolf Korell (1872–1941), Julius Reiber (1883–1960) und Johann Schreiber (1881–1935)¹¹. Die Demokraten beteiligten sich an der Koalition mit SPD und Zentrum und stellten mit Adolf Korell den Arbeitsminister.

Die neugegründete Staatspartei fand zunächst nur wenig Resonanz unter den demokratischen Abgeordneten im hessischen Landtag. Nur Johann Schreiber schloß sich ihr im Januar 1931 an. Die anderen hielten sich parteipolitisch zunächst zurück. Reiber und Korell wirkten in der Demokratischen Vereinigung in Hessen mit¹², die – selbst keine Partei – der RDP ideologisch nahestand, immerhin so nahe, daß diese zunächst auf den Aufbau einer eigenen Organisation in Hessen verzichtete¹³. Die Zusammenarbeit in der Fraktion wurde von den abweichenden politischen Orientierungen ihrer Mitglieder anfangs nicht beeinträchtigt; sie nannte sich seit Schreibers Übertritt zur Staatspartei „demokratisch-staatsparteiliche Arbeitsgemeinschaft“.

Im Laufe der folgenden Monate trieben jedoch die Demokraten weiter auseinander. Reiber trat seit dem Mai bei Veranstaltungen der RDP auf¹⁴. Seine Nähe zu den Radikaldemokraten schien bereits vorher offenkundig zu sein¹⁵. Daher kam sein Eintritt in die Partei nicht mehr überraschend. Bereits am 31. Mai wurde er zum Vorsitzenden des neugegründeten RDP-Landesverbandes Hessen gewählt. Wenig später folgte ihm auch Johann Eberle in die Partei¹⁶.

Nun dauerte es auch nicht mehr lange bis zum Auseinanderbrechen der Fraktionsgemeinschaft. Zwischen dem 20. Mai und dem 7. Juli 1931 gab es zwar keine Landtagssitzung, aber in der Zwischenzeit zog Schreiber seine Unterschrift unter Reibers Antrag auf Aufrechterhaltung des Pädagogischen Instituts in Darmstadt zurück¹⁷, und quasi im Gegenzug distanzierten sich Reiber, Eberle und Donat von Schreibers Antrag auf Umorganisation der Staatsverwaltung¹⁸. Am 20. Juni schließlich teilten Reiber und Schreiber, die ansonsten auch weiterhin per Du verkehrten, dem Landtagspräsidenten die Auflösung der demokratisch-staatsparteilichen Arbeitsgemeinschaft mit¹⁹.

An ihre Stelle traten nunmehr drei verschiedene Grüppchen: die Staatspartei wurde von Johann Schreiber vertreten, die Radikaldemokratische Partei von Eberle und Reiber, während Donat und Korell nun als Deutsch-demokratische Partei firmierten, im strengen Sinne jedoch parteilos waren, da die DDP ja nicht mehr existierte.

Diese Fragmentierung der ehemaligen DDP-Fraktion sorgte im Landtag für Heiterkeit und Spott²⁰, führte aber anfangs auch zu Verwirrung²¹. Dabei handelte es sich durchaus nicht um die erste Abspaltung in der vierten Legislaturperiode des hessischen Landtages. Bereits 1929 waren zwei Abgeordnete aus der KPD ausgeschlossen worden. Sie vertraten in der Folge die KPO. Und im Jahre 1930 war die NSDAP zu ihrem ersten und zunächst einzigen Abgeordneten durch den Übertritt des vormaligen Deutschnationalen Dr. Werner gekommen. Der Zerfall einer Fraktion in drei winzige Teilmengen, die alle durch den Verlust des Fraktionsstatus wichtige Arbeitsmöglichkeiten einbüßten, stellte allerdings doch ein Novum dar.

Im folgenden soll der Frage nachgegangen werden, wie weit die radikal-demokratische Splittergruppe in der Lage war, eigene politische Positionen zu vertreten und welche Resonanz sie damit bei den Wählern fand.

* * *

Zunächst einige Daten zur politischen Laufbahn der beiden Hauptakteure.

Julius Reiber, seit 1922 Rektor in Darmstadt, war bereits 1919 in den Landtag gekommen. Bis zu ihrer Auflösung im Juni 1931 war er der Vertrauensmann der demokratischen Fraktion, bis zu diesem Zeitpunkt gehörte er außerdem dem Finanzausschuß des Landtages an. Er war Mitglied des Landesvorstandes der hessischen DDP und saß 1921-22 und 1925-29 im Parteiausschuß auf Reichsebene. Als Vorsitzender des Hessischen Landeslehrervereins vertrat er die Interessen dieser Berufsgruppe und hatte seinen Arbeitsschwerpunkt im Bereich der Bildungspolitik.

Der Landwirt Johann Eberle wurde 1924 in den Landtag gewählt. Von März 1928 bis Juni 1931 gehörte er dem dritten Ausschuß des Landtages an und bekleidete daneben das Amt eines Schriftführers. Seit 1922 war er Bürgermeister des Ortes Wolfsheim in Rheinhessen und Mitglied der Hessischen Landwirtschaftskammer. Seine parlamentarische Arbeit galt in erster Linie agrarpolitischen Fragen.

Während die fachliche Kompetenz der beiden Abgeordneten außer Frage stand und sie bis zum Verlust ihrer Ausschußmitgliedschaft auch wiederholt als Berichterstatter aufgetreten waren, hatten sie auf allgemeinpolitischem Gebiet 1931 keine leichte Position, mußten ihren Standort zwischen Regierung und Opposition erst suchen. Einerseits standen sie der von SPD und Zentrum gebildeten Mehrheit kritisch gegenüber, andererseits lehnten sie die Landesregierung nicht so grundsätzlich ab, wie es KPD bzw. DNVP und NSDAP taten.

Deutlich zutage trat die ambivalente Haltung der RDP während der Behandlung des kommunistischen Mißtrauensvotums gegen die Regierung am 15. Oktober 1931. Reiber²² lehnte zwar eine Zustimmung zum Mißtrauensvotum ab²³, machte aber in mehreren Redebeiträgen keinen Hehl aus seiner Kritik. Er monierte, daß die Landesregierung mit Notverordnungen gearbeitet hatte, obwohl sie über eine demokratische Mehrheit verfügte und bedauerte,

daß eine Methode, die von Regierungen geübt wird, die sich nicht auf die republikanisch-demokratischen Parteien stützen, in einem Lande gehandhabt wird, wo eine demokratisch-republikanische Mehrheit vorhanden ist und wo ein arbeitsfähiges Parlament sicherlich seine Mitarbeit . . . nicht versagt hätte²⁴.

Daß er darüber hinaus, wie auch schon anläßlich der Haushaltsdebatte im April 1931²⁵, die Sparpolitik der Regierung kritisierte, war billig und gewiß im Sinne seiner Klientel gesprochen. Der von ihm gemachte Deckungsvorschlag hatte allerdings eine besondere politische Spitze. Statt die Anwärterbezüge der Beamten zu kürzen, sollten die Entschädigungszahlungen an den ehemaligen Großherzog beschnitten werden. Einen entsprechenden Antrag Reibers vom 24. Juni hatte der Finanzausschuß am 9. Juli jedoch abgewiesen²⁶. Als das Thema der Fürstenabfindung bei späterer Gelegenheit erneut zur Sprache kam, ging er so weit, sich für eine „völlige Enteignung“ der ehemaligen Fürsten auszusprechen²⁷, ein Vorschlag, der bei der KPD mehr Beifall fand als bei der SPD – wie überhaupt in den Momenten, in denen sich Reiber links von der SPD²⁸ bewegte, aus den Reihen der kommunistischen Opposition wiederholt aufmunternde Zurufe kamen²⁹. Bereit, sich mit der SPD anzulegen, waren die Radikaldemokraten auch, wenn es um Maßnahmen zum Schutz der Republik

ging. U. a. wandte sich Reiber nachdrücklich gegen eine Ausweitung des Uniformverbots (das sich primär gegen die SA richtete) auf das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold³⁰, dem auch manches RDP-Mitglied angehörte³¹. Die Verteidigung der Republik war ein zentrales Anliegen der Radikaldemokraten. Sie forderten die unbedingte Verfassungstreue der Beamten³² und traten Bestrebungen zur Abschaffung des Nationalfeiertages entgegen³³. Die Hauptgefahr für die Republik sahen sie in der nationalsozialistischen Bewegung, gegen die sie wiederholt Stellung bezogen. Sei es in einer kleinen Anfrage wegen nächtlicher Ruhestörung durch einen NSDAP-Umzug in Darmstadt³⁴ oder in einer Grundsatzrede zur Verteidigung der Demokratie gegen den Faschismus, die Reiber mit den Worten schloß:

Wir werden es nicht dulden, daß der Nationalsozialismus auch nur eine Minute lang in Deutschland die Macht ergreift!³⁵

So gern man die Entschlossenheit zur Kenntnis nimmt, so wenig kann man darüber hinwegsehen, daß die Radikaldemokraten gewiß nicht die Kraft waren, die die Nazis an der Machtübernahme hätte hindern können. Die Zuversicht, die Reiber in dieser Rede artikulierte, mag auch durch die zu jener Zeit ungewöhnlichen Kräfteverhältnisse im hessischen Landtag begründet gewesen sein: Mitte 1931 saßen dort zwei Radikaldemokraten einem Nationalsozialisten gegenüber.

Die wahren Relationen sollte die Neuwahl am 15. November des Jahres deutlich werden lassen.

Die RDP zog mit Julius Reiber als Spitzenkandidat in den Wahlkampf. Sie entfaltete eine rege Versammlungstätigkeit, aus dem ganzen Reich reisten prominente Parteimitglieder an³⁶. Auch der parteilose Arbeitsminister Korell sprach sich zugunsten der RDP aus³⁷. Die Staatspartei empfand das Auftreten der Radikaldemokraten als ernste Konkurrenz, ihr Reichsgeschäftsführer hielt aus diesem Grund einen gesteigerten Wahlkampfeinsatz für erforderlich³⁸.

Das Wahlergebnis belehrte jedoch die RDP, daß sie offenbar mehr Zuhörer zu Versammlungen als Wähler an die Urne bringen konnte³⁹. Mit 4 613 Stimmen erreichte sie nur einen Anteil von 0,55 %⁴⁰. In rund der Hälfte der 943 Gemeinden erhielt die Partei gar keine Stimme, in einem weiteren Drittel blieb sie unter 10. Dreistellige Ergebnisse konnte sie in den vier kreisfreien Städten Darmstadt, Mainz, Offenbach und Worms erzielen, wobei das Ergebnis in Reibers Heimat Darmstadt mit 849 Stimmen (1,5 %) am günstigsten ausfiel. Das fünfte dreistellige Resultat konnte die RDP in Bad Nauheim verbuchen, wo 116 Stimmen einem Anteil von 2,3 % entsprachen. Auf dem Lande variierten die Ergebnisse zum Teil beträchtlich. In einigen Weinbauernorten kam die RDP auf zweistellige Prozentzahlen, so in Eberles Heimatort Wolfsheim mit 12,1 %. Das ist ein Hinweis darauf, daß die auf Berlin konzentrierte „Intellektuellenpartei“⁴¹ in lokal begrenztem Rahmen auch bäuerliche Wähler erreichen konnte. Ein weiteres Indiz dafür ist die Beigeordnetenwahl in Bechtolsheim, wo der radikaldemokratische Kandidat in der Stichwahl den Nationalsozialisten schlagen konnte⁴². Diese Teilerfolge konnten natürlich nicht vergessen lassen, daß die Partei ihr Hauptziel, die Rückkehr in den Landtag, nicht erreicht hatte. Der hessische Landesvorstand bezeichnete das Ergebnis zwar „keinesfalls als entmutigende Niederlage“⁴³, aber die Partei wurde sich doch ihrer schwachen Stellung bewußt und hat ihre Strategie unter dem Eindruck

des schwachen Abschneidens im Volksstaat Hessen in einigen Punkten geändert. Bei den nächsten Landtagswahlen – in Preußen und Bayern am 24. April 1932 – verzichtete sie auf eine eigene Kandidatur und rief zur Wahl der SPD auf⁴⁴. Auch zur Reichstagswahl am 31. Juli desselben Jahres trat die RDP nicht an – gab diesmal jedoch ihren Anhängern die Stimme frei⁴⁵.

* * *

In Hessen allerdings trat die Gruppe um Reiber 1932 noch einmal zur Landtagswahl an. Nach einer Wahlanfechtung durch die Wirtschaftspartei hatte der Hessische Staatsgerichtshof den Landtag aufgelöst. Bei der fälligen Neuwahl am 19. Juni trat Reiber erneut als Spitzenkandidat auf. Ansonsten gab es jedoch einige Veränderungen. Johann Eberle war am 2. Februar des Jahres gestorben. Den zweiten Listenplatz besetzte nunmehr Friedrich Schuckmann, Bürgermeister in der RDP-„Hochburg“ Bechtolsheim. Die Liste nannte sich diesmal „Hessische Demokraten“ – dies wohl nicht nur aufgrund von Zweifeln an der Attraktivität der Radikaldemokratischen Partei, sondern auch, um mehr Zuspruch von den Anhängern der ehemaligen DDP zu erhalten, da sich die Staatspartei mit den anderen bürgerlichen Mittelparteien zu dem Wahlbündnis „Nationale Einheitsliste“ zusammengeschlossen hatte. Da man die eigene Rückkehr in den Landtag nicht mehr als sicher ansah, war man zudem eine Listenverbindung mit der SPD eingegangen, damit die erhaltenen Stimmen auf alle Fälle zur Berechnung von Mandaten berücksichtigt werden konnten.

In der Tat gelang es, mit 4921 Stimmen (0,66%) das Resultat leicht zu verbessern. Dieses Ergebnis ist bemerkenswert angesichts der Tatsache, daß die NSDAP ihren Stimmenanteil weiter erhöhen konnte, während die bürgerliche Mitte als Nationale Einheitsliste nicht einmal die Hälfte ihrer Vorjahreszahlen erreichte und auch SAPD und KPO, die diesmal vereint kandidierten, nur noch mit einem statt zwei Abgeordneten zurückkehrten⁴⁶. Die Hessischen Demokraten konnten in vier zusätzlichen Orten dreistellige Stimmenzahlen verbuchen: Gießen (159 = 0,9%), Alzey (108 = 2,2%), Gau-Odernheim (114 = 10,6%) und Bechtolsheim (120 = 15,4%). Den Spitzenwert erzielte die Gruppe um Reiber in dem kleinen Ort Otterbach mit einem Anteil von 22,4%. Allerdings konnte auch dieses Ergebnis der Liste kein Mandat bringen, so daß man sich damit trösten mußte, wenigstens der SPD geholfen zu haben, ihre Position wieder leicht zu verbessern⁴⁷.

* * *

Damit war die politische Wirksamkeit der ehemaligen DDP-Fraktion im Volksstaat Hessen endgültig beendet. Denn auch dem Staatsparteilier Schreiber war die Rückkehr in den Landtag auf dem Ticket der Einheitsliste nicht geglückt. Das Ministerium des parteilosen Korell war schon am 1. Dezember 1931 aufgelöst worden⁴⁸.

Nachzutragen bleibt, daß Julius Reiber nach 1945 in Darmstadt wieder politisch aktiv wurde, nun als Mitglied der SPD. Er wurde zunächst Stadtschulrat und Bürgermeister, 1948 Mitglied des Stadtrats und 1952 Stadtverordnetenvorsteher.

Die Präsenz der Radikaldemokraten im Hessischen Landtag blieb also eine Episode von wenigen Monaten Dauer. Nach Auflösung der demokratisch-staatsparteilichen Arbeitsgemeinschaft nahmen die radikaldemokratischen Abgeordneten an neun Landtagssitzungen (117.–125.) zwischen dem 7. Juli und 16. Oktober 1931 teil. Sie ergriffen in dieser Zeit 21 mal das Wort, darunter zu einer großen und drei kleinen Anfragen. Ihr Beitrag zur hessischen Landespolitik blieb indes zwangsläufig gering. Zur Mehrheitsfindung für die Regierung waren sie nicht notwendig: SPD und Zentrum verfügten über 37 von 70 Stimmen. Reiber und Eberle schlossen sich aber auch keinem der beiden oppositionellen Lager an, sondern verstanden sich dort, wo sie Stellung bezogen, als kritisches Korrektiv zur Regierungsmehrheit. Sich selbst als „Linke“ einschätzend⁴⁹, sahen sie ihren Hauptfeind in der Opposition von rechts außen. Nach ihren eigenen Worten waren sie angetreten, um die „Republik den Republikanern zurückzuerobern“ und alle zu sammeln, „die an den Ideen von Schwarz-Rot-Gold, an der Freiheit und an dem Ideal des sozialen Volksstaats“ festhielten⁵⁰. Dabei zeichnete sich immer deutlicher als einzige Perspektive ab, mit der „einzig(e)n einflußreiche(n) große(n) republikanische(n) Partei“⁵¹ zusammenzuarbeiten, die sie noch entdecken konnten: trotz einiger Reibungen wären die Radikaldemokraten – das legt ihr Verhalten 1932 nahe – ein guter Partner für die SPD geworden. Sie haben mit Sozialdemokraten nicht nur im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zusammengearbeitet, sondern sich auch loyal an der Eisernen Front beteiligt, die ansonsten von allen nicht-sozialdemokratischen Gruppen eine „Abfuhr“ erhielt⁵². Neben den Wahlaufufen zugunsten der SPD gab es wiederholt Listenverbindungen, so auch beim rundum blamablen Antreten der RDP zur Reichstagswahl am 6. November 1932⁵³.

Die Ergebnisse dieser Betrachtung sollen daran erinnern, daß generelle Aussagen über die Demokratiefeindlichkeit der kleinen Parteien der Weimarer Republik⁵⁴ cum grano salis zu betrachten sind. Allerdings ist die Radikaldemokratische Partei, um das Bild aufzugreifen, kaum über die Größe eines Salzkorns hinausgekommen und wird bei großflächiger Betrachtung der Parteienlandschaft oft gar nicht wahrgenommen. Konturen gewinnen kann sie erst durch die veränderte Perspektive von Fallstudien, lokal- oder regionalgeschichtlichen Untersuchungen⁵⁵. So interessant und konträr zum generellen Eindruck deren Befunde allerdings auch sein mögen – sie können nicht das desolote Bild verstellen, das die Weimarer Demokratie in ihrem Endstadium bot.

Anmerkungen:

- 1 Allgemeingültige Definition und umfassende Darstellung der Weimarer Splitterparteien sind noch Desiderate. Vgl. den Aufsatz von Martin Schumacher: Zersplitterung und Polarisierung. Kleine Parteien im Weimarer Mehrparteiensystem. – In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, 27 (1977) Nr. 31 vom 6. 8. 1977, S. 39–46, der allerdings die m. E. mögliche Differenzierung zwischen kleinen Parteien und Splitterparteien nicht vornimmt. Es sei hingewiesen auf das Kapitel über die „sonstigen“ bei Jürgen Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933. München 1986, S. 53–60. Da dort nur Parteien berücksichtigt werden, die bei Reichstagswahlen mindestens 0,1% Stimmen erhielten, taucht die RDP nicht auf.
- 2 Streng genommen hat sich die RDP nicht von ihrer Mutterpartei (DDP) abgespalten, da sie erst nach deren Auflösung ins Leben gerufen wurde.

- 3 Hanno Drechsler: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik. Meisenheim am Glan 1965, S. 222f.
- 4 Erasmus Jonas: Die Volkskonservativen 1928–1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung. Düsseldorf 1965, S. 11.
- 5 Ernest Hamburger/Peter Pulzer (Jews as voters in the Weimar Republic. – In: Yearbook of the Leo-Baeck-Institute 30, 1965, S. 3–66) sehen im Rückgang der Begriffe „republikanisch“ und „demokratisch“ in den Parteinamen einen Hinweis auf den schwindenden Stellenwert, der ihnen beigemessen wurde (S. 6).
- 6 Dazu u. a. Ludwig Quidde: Warum Unabhängige Demokraten? – In: Echo der jungen Demokratie 12 (1930), S. 110f.
- 7 Zur Ideologie des Ordens: Artur Mahraun: Das jungdeutsche Manifest. Volk gegen Kaste und Geld, Sicherung des Friedens durch Neubau des Staates. 2. Aufl. Berlin 1928.
- 8 Die Gründung der Staatspartei ist bereits mehrfach dargestellt worden. Der Bogen spannt sich von der aus heutiger Sicht materialarmen Dissertation von Karl-Hermann Beeck (Die Gründung der Deutschen Staatspartei im Jahre 1930 im Zusammenhang der Neuordnungsversuche des Liberalismus. Köln 1957) bis zu Bruce B. Frye (Liberal democrats in the Weimar republic. The history of the German Democratic Party and the German State Party. Carbondale & Edwardsville 1985, S. 155–177).
- 9 Dazu Otto Stündt: Die neue Linke greift an! Zum Gründungsparteitag der Radikaldemokratischen Partei in Kassel. – In: Echo der jungen Demokratie 12 (1930) S. 161–164.
- 10 Die Sitzverteilung insgesamt: SPD 24, Zentrum 13, Hessischer Landbund 9, DVP 7, KPD 6, DDP 5, Volksrechtspartei 3, DNVP 3.
- 11 Biographische Grunddaten hier und später nach: Hessische Abgeordnete 1820–1933. Biographische Nachweise für die Landstände des Großherzogtums Hessen (2. Kammer) und den Landtag des Volksstaates Hessen. Bearbeitet von Hans Georg Ruppel und Birgit Groß. Darmstadt 1980.
- 12 Echo der radikalen Demokratie 13 (1931) S. 23.
- 13 Ebenda.
- 14 A.a.O., S. 74.
- 15 So wurde er bereits während seiner Rede zum Haushaltsentwurf während der 96. Landtagssitzung am 15. April 1931 durch den Zwischenruf unterbrochen: „Seit wann sind die Radikaldemokraten so konservativ?“ (Verhandlungen des Landtags des Volksstaates Hessen im Jahre 1927/31. Vierter Landtag. Protokolle. Herausgegeben vom Landtagsamt. Darmstadt 1931, S. 2517).
- 16 Echo der radikalen Demokratie 13 (1931) S. 94.
- 17 Verhandlungen des Landtags . . . , S. 3091.
- 18 A.a.O., S. 3088.
- 19 A.a.O., S. 3070.
- 20 Z. B. bezeichnete Dr. Müller vom Landbund RDP und Staatspartei als „siamesische Zwillinge“. (124. Landtagssitzung, 15. Oktober 1931. Verhandlungen des Landtags . . . , S. 3292).
- 21 Bei der Auseinandersetzung um Schreibers Antrag zur Verwaltungsvereinfachung während der 117. Landtagssitzung am 7. Juli 1931 griff ihn der kommunistische Abgeordnete Hammann wegen der bei Annahme des Antrags zu erwartenden Entlassungen an und schloß mit den Worten: „Das ist Ihr Programm, das Programm der neuen radikaldemokratischen Partei!“ (Verhandlungen des Landtags . . . , S. 3091).
- 22 Wenn im folgenden immer Reiber zu Wort kommt, dann einfach deshalb, weil alle Äußerungen der Radikaldemokraten zu allgemein-politischen Fragen von ihm stammen.
- 23 124. Landtagssitzung, 15. Oktober 1931, Verhandlungen des Landtags . . . , S. 3282.
- 24 Ebenda.
- 25 96. Landtagssitzung, 15. April 1931, Verhandlungen des Landtags . . . , S. 2516.
- 26 Vgl. Reibers Redebeitrag während der 120. Landtagssitzung, 10. Juli 1931, Verhandlungen des Landtags . . . , S. 3167.
- 27 125. Landtagssitzung, 16. Oktober 1931, Verhandlungen des Landtags . . . , S. 3325.
- 28 Zur Problematik einer demokratischen Position links von der SPD s. u. a. Ludwig Quidde: Links von der Sozialdemokratie? – In: General-Anzeiger (Dortmund) vom 9. April 1931.
- 29 Eine Untersuchung über mögliche Zusammenarbeit zwischen RDP und SAPD/KPO steht noch aus. Angemerkt sei der Sachverhalt, daß nach den 1931 gefaßten Unvereinbarkeitsbeschlüssen der SPD und der Staatspartei zur Mitgliedschaft in der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) organisierte Pazifisten nurmehr in den kleinen Parteien links von der Mitte aktiv sein konnten.

- 30 126. Landtagssitzung, 16. Oktober 1931, Verhandlungen des Landtags . . . , S. 3376f. und 3382.
- 31 Dazu Max Reinheimer: Radikaldemokratische Partei und Reichsbanner. – In: Echo der radikalen Demokratie 13 (1931) S. 11f.
- 32 Reiber während der 96. Landtagssitzung am 15. April 1931, Verhandlungen des Landtags . . . , S. 2517.
- 33 Reiber während der 118. Landtagssitzung am 8. Juli 1931, Verhandlungen des Landtags . . . , S. 3108.
- 34 A.a.O., S. 3101.
- 35 104. Landtagssitzung, 29. April 1931, Verhandlungen des Landtags . . . , S. 2742.
- 36 Echo der radikalen Demokratie 13 (1931) S. 147.
- 37 A.a.O., S. 161.
- 38 Otto Nuschke während der Sitzung des geschäftsführenden Vorstands am 7. Oktober 1931. (Liberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933. Bearbeitet von Konstanze Wagner. Düsseldorf 1980, S. 671).
- 39 Vgl. Otto Stündt: Die radikaldemokratische Bewegung und wir. – In: Demokratisches Echo 14 (1932) S. 70–72.
- 40 Das Gesamtergebnis (Stimmen- und Sitzzahlen der Parteien): NSDAP 291189/27, SPD 168299/15, Zentrum 112440/10, KPD 106775/10, Landvolk 20766/2, DVP 18325/1, Staatspartei 10793/1, KPO 14954/1, SAPD 8170/1, DNVP 10857/1, Christlich-sozialer Volksdienst 16712/1, Volksrechtspartei 1592/0. Die weiteren Einzelheiten nach: Die Ergebnisse der Landtagswahl im Volksstaat Hessen am 15. November 1931 nach einzelnen Gemeinden. Bearbeitet vom Landesstatistischen Amt. Darmstadt 1932.
- 41 Reinhard Rürup: Ludwig Quidde. – In: Deutsche Historiker. Hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Bd. 3, Göttingen 1972, S. 124–147, hier: S. 143.
- 42 Echo der radikalen Demokratie 14 (1932) S. 15.
- 43 Echo der radikalen Demokratie 13 (1931) S. 161.
- 44 Echo der radikalen Demokratie 14 (1932) S. 24f.
- 45 Vorwärts vom 15. Juli 1932, Abendausgabe.
- 46 Das Gesamtergebnis (Stimmen- und Sitzzahlen der Parteien): NSDAP 328306/32, SPD 172552/17, Zentrum 108602/10, KPD 82124/7, Nationale Einheitsliste 25186/2, DNVP 11266/1, SAPD/KPO 11689/1, Liste Leuchtgens 2077/0. Eizelergebnisse nach: Die Ergebnisse der Landtagswahl am 19. 6. 1932 und der Reichstagswahl am 31. 7. 1932 im Volksstaat Hessen nach einzelnen Gemeinden. Darmstadt 1932.
- 47 Demokratisches Echo 14 (1932) S. 47. Die SPD ihrerseits buchte den Erfolg natürlich auf ihr eigenes Konto und machte vor allem neue Propagandamethoden dafür verantwortlich. Vgl. Carlo Mierendorff: Deutschlands Rettung. – In: Sozialistische Monatshefte 38 (1932) S. 575–581, bes. S. 577.
- 48 Schulthess' Europäischer Geschichtskalender N.F. 47 (1931) S. 263.
- 49 Unter dem Motto „Die neue Linke greift an!“ stand nicht nur die Gründungsveranstaltung der Partei (vgl. Anm. 9), es war auch das Thema zahlreicher Wahlkampf- und Werbeveranstaltungen.
- 50 Radikale Demokratie! Herausgegeben von der Radikaldemokratischen Partei, Reichsgeschäftsstelle. Berlin o. J., S. 4 und 5 (Exemplar im Gewerkschafts-, Parteien- und Parlamentsarchiv der TH Darmstadt).
- 51 Echo der radikalen Demokratie 14 (1932) S. 25.
- 52 Karl Rohe: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik. Düsseldorf 1966, S. 394.
- 53 Mit 3793 Stimmen reichsweit erzielte sie weniger als bei Landtagswahlen. Einzelheiten in: Die Wahlen zum Reichstag am 31. Juli und 6. November 1932 und am 5. März 1933 (6. bis 8. Wahlperiode). Bearbeitet im Statistischen Reichsamt. Berlin 1935 (= Statistik des Deutschen Reichs, N.F. 434).
- 54 „Mit Ausnahme des Christlich-Sozialen Volksdienstes standen alle kleinen Parteien dem Weimarer Staate reserviert bis ablehnend gegenüber“ (Schumacher: Zersplitterung und Polarisierung . . . , S. 46).
- 55 In dem materialreichen Sammelband „Hessen unterm Hakenkreuz“ (Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen. Hrsg. von Eike Hennig. 2. Aufl., Frankfurt am Main 1984) wird die RDP im Text der Beiträge nicht erwähnt, taucht allerdings in einigen Übersichtstabellen auf.